

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Insertate.**  
(1½ Sgr. für die fünfgepalte-  
tene Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an denselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 9. Febr. Se. R. G. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Konfistorialrath und Pfarrer Budde zu Düsseldorf den Rothern Orden vierter Klasse, so wie dem Schulzen Sterdt zu Gröbern, im Kreise Wolmirstedt, dem pensionirten Kreisboten Hohmann zu Hellsberg und dem Kasernenwärter Fleischer zu Frankfurt a. O. das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Geheimen Kalkulator im Justizministerium, Rechnungsrath Köppler, den Charakter eines Geheimen Rechnungsraths; und beim Finanzministerium und zwar bei der Generalverwaltung für die Steuern, dem Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator Mayer den Charakter als Rechnungsrath; bei der Hauptverwaltung der Staatsschulden, demendanten der Staatsschulden-Eilungskasse, Rechnungsrath Kruschky den Charakter als Geheimen Rechnungsrath, und dem bei derselben Kasse angestellten Ober-Buchhalter Altman den Charakter als Rechnungsrath; bei der Seehandlung, dem zweitenendanten der Haupt-Seehandlungskasse, Hofrath Reichert, den Charakter als Geheimen Rechnungsrath, und bei der General-Lotteriedirektion, dem Geheimen expedirenden Sekretär Schwanfeld den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.  
Die Advokaten Nicolaus Florian Weber, Gustav Koch, Johann Baptist Maas und Joseph Büttgenbach sind zu Anwälten bei dem königlichen Landgerichte in Wachen, und die Advokaten Theodor Lütjeler, Emil Schaeff und Heinrich Courty zu Anwälten bei dem königlichen Landgerichte in Düsseldorf ernannt worden.

Art. 35 des „St. Anz.“ enthält Seitens des I. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten eine Verfügung vom 18. Januar 1860, betr. die Zurückstellung der evangelischen Theologen vom Militärdienste, nach welcher jene Begünstigung vom 1. Januar d. J. ab auf fernere fünf Jahre mit der Maßgabe verlängert worden ist, daß die davon Betroffenen nicht, wie bisher, bis zum vollendeten 25. Lebensjahre, sondern bis zum 1. April desjenigen Jahres zurückzustellen sind, in welchem sie das 26. Lebensjahr vollenden. Der Erlaß vom 9. August 1855, nach dessen Inhalt die der Reserve oder der Landwehr angehörigen evangelischen Predikantskandidaten zu feinerer Militärdienst heranzuziehen sind, bleibt ebenfalls bis ultimo 1864 in Kraft.

## Telegramme der Posener Zeitung.

London, Dienstag 7 Februar, Nachts. In der heutigen Sitzung des Oberhauses hatte Lord Normanby beantragt, eine Dankadresse an die Königin wegen Widerspruchs gegen die Einverleibung Savoyens zu richten und dieselbe zu bitten, weitere Anstrengungen zu machen, um die Abtretung Savoyens zu hindern. Lord-Präsident Granville erklärte, die Regierung habe von Frankreich die bestimmte Versicherung erhalten, daß gegenwärtig die Einverleibung Savoyens nicht beabsichtigt werde. Der Graf Balotowski hatte eingeräumt, daß diese Maßregel vor dem Ausbruch des Krieges ein Gegenstand der Konversation gewesen sei, aber nur für gewisse Zwischenfälle, die nicht eingetreten sind, beabsichtigt worden wäre. Jetzt würde diese Frage von Frankreich nicht in Betracht gezogen. Auf eine direkte Anfrage des englischen Gesandten habe Graf Cabour erwidert, daß kein solcher Vertrag, wie immer geartet, mit Frankreich bezüglich Savoyens bestehe, daß Sardinien dieses Land nicht verkaufen, abtreten oder austauschen wolle. Die Regierung von England habe ihre Ansichten dem Kaiser Napoleon mitgetheilt; sie hätte ihre Pflicht vernachlässigt, wenn sie nicht ihre Einwendungen gegen den Anschluß Savoyens dem Kaiser kundgethan hätte. Die Regierung hoffe, Lord Normanby werde seinen Antrag zurückziehen.

Lord Grey sagt: Die Versicherungen der französischen Regierung seien ungenügend, wenn man die Sprache der Pariser Journale berücksichtige. Es wäre nichts dem Frieden Europa's nachtheiliger, als der Anschluß Savoyens an Frankreich, obgleich er zu dessen Verhinderung die Anwendung von Waffengewalt nicht anempfehle. Er bedauert, daß die Regierung nicht bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Handelsvertrag bestimmte Versicherungen über die Absichten des Kaisers Napoleon verlangt habe. Shaftesbury meinte, daß ein geheimer Vertrag Frankreich mit Sardinien vor Ausbruch des italienischen Krieges in Bezug auf die Abtretung Savoyens und auf Vergrößerung Sardiniens eine ungerechte, unmoralische und verbrecherische Handlung gewesen wäre. Der Staatssekretär Herzog von Newcastle sagte: Die Regierung werde fortfahren, an Frankreich und Sardinien Vorstellungen zu machen. Lord Brougham hielt einen Appell an die Nationalitäten zu Gunsten der Abtretung Savoyens für gefährlich. Lord Derby sagt: Die Vorstellungen der letzten Regierung an Frankreich sollten die Schwierigkeiten, die nun eingetreten sind, verhindern. Die Annahme des Normanbyschen Antrages erachte er für die Beziehungen zu Frankreich nicht nachtheilig. Lord Redcliffe sagt, daß das neueste Benehmen des Kaisers Napoleon das Mißtrauen Europa's erzeuge. — Lord Normanby begnügte sich mit der stattgehabten Diskussion und zog seinen Antrag zurück, das Haus hat sich vertagt.

(Diese Depesche wurde durch Fünfenstrungen im Auslande verzögert.)

Paris, Mittwoch 8. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Man versicherte an der Börse, daß französische und englische Marinetruppen aus Besorgniß vor einer Bewegung der Ulemas gegen Christen zu Konstantinopel ausgeschifft worden wären.

Paris, Mittwoch 8. Februar, Abends. Das so eben erschienene „Pays“ meldet, daß nach einer heute hier eingetroffenen Privatdepesche in Konstantinopel ein großer Aufstand ausgebrochen sei.

Madrid, Mittwoch 8. Februar. Die offizielle „Madridische Zeitung“ enthält die Ernennung des Marschalls Odonnell zum Herzog von Tetuan und zum Granden von Spanien. Das Terrain, auf welchem die Schlacht geliefert wurde, ist dem Marschall als Apanage verliehen worden. In Tetuan haben die Spanier 50 Kanonen vorgefunden.

(Eingegangen 9. Februar 8 Uhr Vormittags.)

CH Posen, 9. Februar.

Man hat oft gesagt, Frankreich unter der eisernen Nachtruh des Napoleoniden besitze keine Presse mehr. Das kann richtig sein oder auch falsch, je nachdem man die Sache aufsaßt. Die Presse als Organ der öffentlichen Meinung des Landes hat allerdings vollständig aufgehört; denn alles das, was sich an Kundgebungen in den Spalten der französischen Zeitungen vorfindet, ist unmittelbar oder mittelbar nach den Anweisungen der Regierung zugeschnitten: unmittelbar, wenn die Blätter im Dienste oder im Vertrauen der Nachthaber stehen, mittelbar, wenn irgend ein Journal zwar einer freien Meinung Ausdruck zu geben wünscht, aber doch mit feinen Bemerkungen sich nur so weit herauswagen darf, als die jeweiligen Absichten der leitenden Gewalt es gestatten. Was will es daher bedeuten, wenn man in Frankreich von offiziellen, ministeriellen, offiziellen und gar auch von unabhängigen liberalen, selbst oppositionellen Zeitungen spricht? Sie alle bewegen sich nur an kürzeren oder längeren Fäden, deren Leitung in den Eulien liegt; sie alle werden gelegentlich als Helfershelfer der herrschenden Politik benutzt und im Großen und Ganzen dienen sie weniger der Bestimmung, die Ansichten der Bevölkerung auszusprechen oder die Ideen der napoleonischen Politik zu enthüllen, als sie zu dem Zweck gehandhabt werden, gewisse, im Interesse des Augenblicks erwünschte Meinungen über die Absichten des Kaisers in Frankreich und in Europa zu verbreiten. In wichtigen Augenblicken erhält dann der „Moniteur“ den Auftrag zu einer Note in großen Lettern und im feierlichen Amtstone; zur Abwechslung schickt aber der große Kaiser auch nur „die Kleinen von den Seinen“ zu politischen Plänkteleien aus. Dabei hat er dann den Vortheil, daß schlimmsten Falles die offiziöse „Patrie“ dem liberalen „Siècle“, oder das ministerielle „Pays“ und der höchst inspirierte „Constitutionnel“ den vorlauten Aeußerungen der „Patrie“, oder endlich der „Moniteur“ selbst allen anderen freiwillig oder unfreiwillig dienenden Preshorganen ein Dementi geben kann. Ueber dem „Moniteur“ steht dann natürlich noch der Kaiser selbst, und Destréich weiß ein Wortchen davon zu erzählen, daß Napoleon III. es sich nicht übel nimmt, auch die Be-theuerungen der offiziellen Zeitung, also sein eigenes feierlich anerkanntes Programm, nach Maßgabe der Umstände zu verlängern.

Es bedurfte dieser Vorüberlegungen, um den Werth zu bestimmen, welchen wir der jüngsten Kundgebung des „Constitutionnel“ über die favoyische Frage beizulegen haben. Dieselbe scheint vor Allem darauf berechnet, die öffentliche Meinung Europa's mit der Versicherung zu beruhigen, daß die französische Presse den Anschluß des Herzogthums Savoyen und der Grafschaft Nizza an das Kaiserreich nicht auf Anstiften der Regierung zur Erörterung gebracht und lebhaft befürwortet habe. Der Zweck wird aber schwerlich erreicht werden, zunächst, weil eine so fähige Agitation der Pariser Blätter ohne höhere Gutheißung nicht denkbar ist und weil der „Constitutionnel“ neben seinen beschwichtigenden Erklärungen gleichzeitig eine so warme Theilnahme für das französische Annexions-Projekt ausspricht, daß er mit seinem Hauptthema in Widerspruch geräth. Denn entweder hat er überhaupt kein Recht, im Namen der Regierung Erklärungen abzugeben und dann hat sein Beschwichtigungsversuch gar keine Bedeutung; oder er steht wirklich im Vertrauen der Eulien und dann bejahen seine politischen Neigungen, was seine diplomatischen Be-theuerungen verneinen.

Die politischen Auffassungen und Neigungen des „Constitutionnel“ liegen jedenfalls klar zu Tage; denn er nimmt es als feststehende Thatsache an, daß die Bevölkerung der erwähnten Landstriche sich durch unwiderstehliche Zuneigung zu Frankreich hingezogen fühle und daß die Einverleibung derselben in das Kaiserreich eine völlig gerechte Maßregel sei. Während Piemont jenseits der Alpen zu einem großen Reiche heranwache, dürfe Frankreich die Herstellung seiner geographischen Grenzen in Anspruch nehmen, und es sei ganz in der Ordnung, daß die Presse — natürlich ohne jeden Antrieb von Seiten der Regierung — sich für einen Plan ausspreche, welcher mit den nationalen Wünschen im Einklang stehe. Was Savoyen wolle und was Frankreich wünsche, darüber könne kein Zweifel walten. Nur über die Beschlüsse und Absichten der Regierung sei noch nichts Bestimmtes bekannt, und deshalb dürfe man den Erörterungen der Presse keine andere Bedeutung als die einer theoretischen Disputation beilegen.

Vor allen Dingen haben wir hier dem „Constitutionnel“ einzuwenden, daß wir sein Urtheil über die Wünsche Savoyens nicht als ein kompetentes hinnehmen. Wir wüßten nicht, weshalb die nationalen Kundgebungen der favoyischen Bevölkerung weniger tren in den freien Organen der eingebornen Presse zu finden sein sollten, als in den unter der kaiserlichen Nachtruh stehenden Blättern Frankreichs. Die favoyischen Organe aber haben sich in den jüngsten Tagen gegen die Annexion an Frankreich mit einer Entschiedenheit erklärt, welche den „Constitutionnel“ stutzig machen könnte, wenn er

für etwas Anderes Gehör hätte, als für die Inspiration aus den Eulien. Nichts ist vollends abgeschmackter, als wenn Pariser Journale die Ausdehnung Frankreichs an der Alpengrenze als eine notwendige Folge des durch die Nachterweiterung Piemonts gestörten europäischen Gleichgewichts darstellen. Allzu nahe liegt die Frage, wer denn die Störung des Gleichgewichts bewirkt hat, und dann die weitere, ob wohl das große vom Siegesbewußtsein getragene Frankreich mehr von dem emporkommenden Piemont zu fürchten habe, als das besiegte und tief erschütterte Destréich?

Nach der Lage der Dinge mögen wir daher allerdings dem „Constitutionnel“ glauben, daß die von ihm so warm befürwortete Annexion noch keine unwiderstehlich beschlossene Sache ist. Indessen liegt es wahrlich nicht an der Schuld Napoleons und seiner dienst-eifrigen Organe, wenn die Ereignisse auch noch einen anderen Ausgang zulassen. Ihre augenblickliche Zurückhaltung beweist nichts Anderes, als daß sie die Frucht noch nicht reif finden!

## Deutschland.

**Preußen.** (Berlin, 8. Febr. [Vom Hofe; die jüdische Humboldt-Stiftung; Urtheil des Obertribunals etc.] Gestern erschien fast der ganze Hof in der Soirée des Handelsministers; es fehlten nur die Frau Prinzessin Friedrich Karl und die Prinzen Karl und Friedrich, die bisher nur sehr selten Abendgesellschaften besucht haben. Der Prinz Friedrich befindet sich beim Gehen noch immer des Stodes und der Prinz Karl leidet an einem Fußhübel, so daß er den Druck der Stiefel nicht ertragen kann. Auch die Frau Fürstin von Kegnitz lebt hier sehr zurückgezogen und erscheint nicht in den Soirées, die bei Hofe stattfinden. Die hohen Herrschaften verweilten gestern bis zum Schluß der Soirée, der gegen 12 Uhr erfolgte, und unterhielten sich vielfach mit den Gästen, deren Zahl weit über 900 betrug. Der Prinz-Regent wie seine erlauchte Gemahlin zogen mehrere Landtagsmitglieder und Universitätslehrer, namentlich Voedch, in ein Gespräch. Die letzte Soirée des Ministers ist am nächsten Dienstag und sollen in derselben auch mehrere Virtuosen auftreten. Für die Soirée des Kultusministers v. Bethmann-Hollweg hat der Hof ebenfalls schon seinen Besuch zugesagt. — Der Prinz-Regent ließ sich heute von dem Geheimrath Alaire Vortrag halten und arbeitete später mit den Ministern v. Auerwald und v. Bethmann-Hollweg; vor der Tafel empfing er mit seiner Gemahlin den Prinzen und die Frau Prinzessin von Sagan, welche hier mehrere Wochen zum Besuch verweilten und heute Abend 1/2 7 Uhr nach Paris zurückgereist sind. — Für die morgende Soirée des Prinz-Regenten ist ein sehr reichhaltiges Programm aufgestellt worden; von den Mitgliedern der I. Bühne sollen nicht nur drei Stücke aufgeführt werden, sondern es werden auch, wie schon gemeldet, die Italiener zwischen diesen Lustspielen singen. — In nächster Zeit kommt das zum Andenken an Alexander v. Humboldt gestiftete Stipendium für Studierende mosaischen Glaubens, im Betrage von jährlich 100 Thln., zur Vertheilung. Durch einen Anschlag am schwarzen Brette in der hiesigen Universität werden die jüdischen Studierenden aufgefordert, sich baldigst um dies Stipendium zu bewerben. Da die Zahl der jüdischen Studenten an unserer Universität groß ist, so erwartet man eine starke Bewerbung. — Der Universitätsball, der am Freitag in Mader's Saal stattfindet, hat eine ungewöhnliche Betheiligung Seitens der Studentenschaft gefunden, so daß der Verkauf der Bilets schon geschlossen werden mußte.

Der Prozeß gegen die 5 Kirchenpatrone v. Schierstädt, Karl und Felix v. Plotho, v. Byern und v. Ratte, sowie gegen den Buchdruckermeister Heinicke, welcher zugleich die „Kreuzzeitung“ zeichnet, hat noch immer nicht sein Ende erreicht. Heute wurde in dieser Angelegenheit von dem Obertribunal die Nichtigkeitsbeschwerde verhandelt; als Verteidiger fungirte der Rechtsanwalt Dorn. Nach langer Berathung erkannte der Gerichtshof, daß das Urtheil zweiter Instanz, in Bezug auf die Beleidigung des Prinz-Regenten und des Kultusministers, ebenso in Betreff der Höhe des gegen den Heinicke erkannten Strafmaßes, zu vernichten und in die zweite Instanz zurückzuweisen sei. Die Angeklagten wollen nichts unversucht lassen, um ein günstigeres Urtheil zu erwirken. — Schon seit einiger Zeit beehren die Mitglieder unserer Königsfamilie das photographische Atelier von L. Haase u. Komp. und lassen dort ihre Portraits anfertigen, die meist zu Geschenken bestimmt sind. Durch die Anerkennung, welche diese Künstler bei Hofe gefunden haben, ist auch ihr Ruf begründet worden und ihr Atelier wird gegenwärtig von Hiesigen und Fremden überaus stark besucht. Gegenwärtig werden namentlich viele Miniatur-Photographien angefertigt, mit denen sich die Herrschaften beschenken und die namentlich für Albums bestimmt sind. Ein Diplomat, der kürzlich Berlin verließ, um einen neuen Posten einzunehmen, hatte sein Album mit den Portraits der ihm verwandten und befreundeten Personen in dieser Weise dekoriert.

7 Berlin, 8. Febr. [Das diplomatische Korps in Berlin.] Das fremde diplomatische Korps unserer Hauptstadt bestand nach vielfachen 1859 vorgekommenen Veränderungen am 1. Januar d. J. aus 25 ord. Gesandten und bevollm. Ministern (von Baden, Bayern, Belgien, Brasilien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Hannover, Kurland, Preußen und Großherzogthum Hessen, Mecklenburg, Niederlande, Nordamerika, Destréich, Portugal, Rußland, Sachsen, Königreich, Großherzogthum und Herzogthümer, Sardinien, Schweden, Sicilien, Spanien, Türkei und Württemberg), 3 Geschäftsträgern (die Argentinische Konföderation, Hamburg, Oldenburg-Braunschweig), die auch den Titel von Ministerresidenten und zwar für mehrere Höfe führen. Auch führen einige bevollmächtigte Minister neben ihren Geschäften die für einen oder mehrere kleinere Staaten, namentlich ist der großherzogliche Minister Graf Beust zugleich Ministerresident für Anhalt, und die Gesandte für Nassau werden von dem braunschweigischen Ministerresidenten, die der beiden fürstlichen Linien Mecklenburg ebenfalls vom großherzoglichen Gesand-



ten besorgt. Den Großherzog von Toscana vertritt die österreichische, die Herzogin von Parma die spanische Legation. Neue hervortretende Persönlichkeiten im diplomatischen Korps sind der noch im blühendsten Mannesalter stehende österr. Gesandte Graf Alois Karolyi v. Nagy-Karoly, der seine diplomatischen Studien in Petersburg gemacht hat und zuletzt den Grafen Colloredo-Wallsee als erster Bevollmächtigter beim Friedenskongress in Zürich erledigte. Der Graf dürfte der erste Kandidat sein, wenn früher oder später ein Wechsel im kais. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten vorläge. Ferner der schwedische Gesandte Aug. Saerta. Der Minister Griechenlands, einer der Chefs des großen Bankhauses Sina in Wien, ist bereits 1858 zugleich in Wien, Berlin und München akkreditirt worden, aber so viel unbekannt, war er bis jetzt noch nicht in Berlin erschienen. Der türkische Gesandte, Aristarchi Bey, hat bereits mehrere Jahre, theils als Legationssekretär, theils als Geschäftsträger, in Berlin fungirt und wurde vor einigen Monaten vom Großherrs zum bevollm. Minister ernannt. Der Kaiser von Frankreich hatte schon vor einigen Monaten einen neuen Gesandten und kürzlich auch einen demselben attachirten Militärkommissarius ernannt, aber beide sind bis jetzt nicht eingetroffen. Zu dem Personal des diplomatischen Korps gehören jetzt 19 Legationssekretäre, 17 Attachés, unter ihnen 3, die für die Militärangelegenheiten ihren Geschäftsauftrag begeben sind. Preußen ist allen Großmächten in der Entsendung solcher Kommissare vorangegangen, indem es nach einander höhere Militärs nach Petersburg sandte, die zugleich mit politischen und militärischen Aufträgen versehen wurden. Es waren meist Offiziere aus dem k. k. Gefolge (Kriegsadjutanten), wie die nachmaligen Generalleutenants v. Thümen und v. Rauch; der letztere wurde f. Z. in Teheran, wie der General v. Rüfing zur selben Zeit in Konstantinopel gewissermaßen als vermittelnder Diplomat verwendet, und er war der einzige preussische Offizier, der mit dem Orden des persischen Sonnen- und Löwenordens (gestiftet 1808) geschmückt war. In diesem Augenblick haben auch Oesterreich und Frankreich ihren Gesandtschaften in Berlin solche Militärkommissare beigegeben, während Rußland schon seit einigen 30 Jahren solche hier unterhält, wie nach und nach die Generale Manjuroff, Graf Benckendorf und Graf Adlersberg. Nur eine Gesandtschaft, die französische, hat einen Kanzler, und zwar einen deutschen; die Bureaubeamten in den anderen Kanzleien sind meist Berliner. Gänzlich eingegangen sind die Stellen der Gesandtschaftsgeistlichen, weil jetzt alle Konfessionen ihre Kirchen und Kapellen und alle Religionsbelange Geistliche und Lehrer hier haben. Die ältesten Gesandten sind der niederländische, Herr v. Schimmelpenninck v. d. Oye (Doyen), der belgische, Staatsminister Baron Rothomb, der hannoversche, Graf zu Zn- und Knyphausen, und der von Großbritannien, Sir Douglas Lord Bloomfield. Der erstere ist seit 1842 hier akkreditirt, Herr v. Rothomb seit 1845. Mehrere der Gesandten sind durch Familienbande an Preußen geknüpft, wie der türkische Gesandte Aristarchi Bey, welcher der Gemahl einer Tochter des vorigen Kriegsministers v. Bonin ist, und der Baron Rothomb, der seine einzige Tochter mit einem Herrn v. Jolly vermählt hat. Den glänzendsten Haushalt führt nach wie vor der sächsische Gesandte Graf Adolph Hohenhausen, welcher mit der reichen Baronin v. Berlepsch, der Wittwe des Fürstbischöflichen Wilhelm II. von Hesse vermählt ist.

— [Gnadenaft.] Die „G. Z.“ theilt folgenden Vorgang mit: Ein hiesiger schon bejahrter Gewerbetreibender sendete vor etwa zehn Jahren seinen damals vierundzwanzigjährigen Sohn mit einem auf 3 Jahre lautenden Auslandspaß nach Amerika. Der junge Mann durchwanderte ganz Amerika und fand endlich in St. Francisco eine bleibende Stätte. Seine Geschäfte gingen dort gut, und um doch nicht ganz ohne Erfolg in sein Vaterland zurückzukehren, auch wohl, weil ihm die Reisekosten ausgegangen waren und er sich diese erst wieder erwerben mußte, blieb der junge Mann weit über die ihm gestellte Zeit hinaus vom Vaterlande fort und kehrte erst in der vergangenen Woche, also 34 Jahre alt, aus Amerika hierher zurück. Wenige Tage, nachdem der Reisende hier angemeldet worden war, erhielt er von der Kreis-Erbschaftskommission die Ordre, daß er sich am Montag früh um 10 Uhr in Spandau zu stellen habe, um dort auf drei Jahre in die Armee eingestellt zu werden. Der alte 70jährige Vater, der auf die Unterstüßung seines Sohnes für sein Alter gerechnet hatte, setzte ein Geschrei an. Se. K. Hoh. der Prinz-Regent auf, in welchem er alle Umstände schilderte. Der Kreis gab persönlich das Schreiben im Vorzimmer des Regenten am Sonnabend an den dienstthuenden Adjutanten ab. In der nächstfolgenden Nacht, etwa um 2 Uhr, pochte es an der Thür, man öffnete, und vor der Thür stand eine Ordre, die eigenhändigen Befehl des Prinz-Regenten überbrachte. In demselben wurde die Ordre, nach welcher der Sohn sich am nächsten Tage in Spandau stellen sollte, aufgehoben, zugleich aber eine genaue Untersuchung der Sachlage angeordnet und die Freilassung des jungen Mannes befohlen, falls sich die Wahrheit der im Gesch. enthaltenen Angaben herausstellen sollte. Se. K. Hoh. der Prinz-Regent hatten wahrscheinlich am späten Abend oder in der Nacht noch die eingegangenen Gesuche erledigt und sofort das Nöthige befohlen, um den greisen Wittfeller zu bescheiden.

— [Kriegsministerialverfügung.] Die fast vollendete Bewaffnung der gesammten Infanterie mit dem Zündnadelgewehr läßt es nicht mehr zu, Kurzsichtige wie bisher bei Truppentheilen einzustellen, welche noch nicht mit dieser Waffe versehen sind. Das k. Kriegsministerium hat deshalb unter dem 27. Dezember v. J. verfügt, daß „fortan kurzichtige zum einjährigen freiwilligen Dienst berechtigten Militärpflichtigen bei sämtlichen Waffen anzunehmen und einzustellen sind, insofern nicht überhaupt in Folge des hohen Grades der Kurzsichtigkeit die betreffenden für dienstunbrauchbar zu erachten sind“. Die Bestimmungen, welche in Bezug auf die Beurtheilung der körperlichen Eigenschaften der bei den Ersatzaushebungen konkurrierenden Militärpflichtigen bestehen, werden dadurch nicht alterirt.

— [Nochmals die Kongressfrage.] Wenngleich die Aussicht auf den Zusammentritt eines europäischen Kongresses zur Regelung der italienischen Verhältnisse in weite Ferne gerückt ist, da die kontinentalen Großmächte, Preußen, Oesterreich und Rußland, unmöglich sich dazu hergeben können, der neuen Wandlung der Napoleonischen Politik, wie sie seit dem Frieden von Villafranca hervorgetreten ist, ihre Unterstützung zu leisten: so wird in der ausländischen Presse doch ein Kongreß im Interesse der französischen Politik für wahrscheinlich gehalten und der frühere Plan des Kaisers zur Berufung desselben als nicht aufgegeben bezeichnet. In diplomatischen Kreisen erklärt man sich diesen Widerspruch des Verlangens, daß derselbe Kongreß einmal zur Regelung der im erwähnten Frieden zwischen Oesterreich und Frankreich aufgestellten Bedingungen beitragen und dann wiederum auch diejenigen Gewaltmaßregeln in Italien billigen sollte, welche den Friedensbestimmungen so ganz entgegen sind, dadurch, daß es Anfangs in der Absicht der französischen Politik lag, auf dem Kongreß selbst den italienischen Angelegenheiten die gegenwärtig eingetretene Wendung zu geben und die versammelten Mächte mit Hilfe Englands für die französischen Pläne zu gewinnen. Die Vorverhandlungen sollen in Paris jedoch die Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß die französische Politik auf dem Kongresse in der Widerständigkeit bleiben und durch den weiterfolgenden Widerspruch in die Enge gerathen würde. Es schien deshalb dort zweckmäßiger, statt Rußland durch die Konzeption einer Aufhebung der Neutralisation des Schwarzen Meeres für die französische Politik zu gewinnen und mit dem gegenwärtigen englischen Ministerium in Streit zu gerathen, lieber die Ausgleichung mit England zu betreiben und zugleich die gegenwärtigen

Verhältnisse in Italien durch den Konflikt mit dem römischen Stuhle herbeizuführen, damit ein Kongreß dann bestimmte Thatsachen vorfände und sich ihnen gegenüber vielleicht zu Konzeptionen bereit finden lasse. Die französisch-englischen Staatsmänner bemühen sich daher jetzt wieder, jedoch, wie in diplomatischen Kreisen versichert wird, ohne Erfolg, die Zustimmung der europäischen Höfe für die französisch-englische Politik in Italien zu gewinnen, woraus sich die Nachricht der auswärtigen Presse erklärt, daß die Hoffnung auf einen Kongreß nicht aufgegeben sei.

— [Petition in der Judenfrage.] Die „N. P. Z.“ schreibt: Die Judenfrage fängt an, die ländliche Bevölkerung zu beschäftigen; es kommen uns aus verschiedenen Gegenden Nachrichten darüber zu. Einer Petition an das Herrenhaus, von Bauern und anderen Dorfbewohnern in der Neumark mit Hunderten von Unterschriften bedeckt, entnehmen wir die folgenden Sätze:

„Es ist uns bekannt geworden, daß Juden bei uns Kreistände werden sollen. Nun lesen wir in der Gesammtheit pro 1847, S. 263, §. 2, daß zu einem Kommunalamte ein Jude nur dann zugelassen werden kann, wenn mit einem solchen Amte die Ausübung einer richterlichen, polizeilichen oder öffentlichen Gewalt verbunden ist. Dies Alles aber ist bei unseren Herren Kreiständen offenbar der Fall. Sie sind Richter zweiter Instanz in den wichtigsten Prozessen, die bei uns Landeuten vorkommen. Die Kreistände richten darüber, ob einer, der abgebrannt ist, Entschädigung bekommt und wie viel. Sie sprechen dem Beetheligen sein halbes, auch sein ganzes Vermögen zu oder ab. Die Kreistände wählen und bestellen in dieser Angelegenheit die Richter der dritten und letzten Instanz, welche Recht sprechen mit Ausschluß aller Gerichte. Die Kreistände haben in ihren Bezirken als Wege- und Feuerkommissarien polizeiliche und exekutive Gewalt. Sie wählen den Landrath. Die einzelnen Herren nehmen uns die besten Pferde fort, wenn mobil gemacht wird. Sollen wir uns das künftig von Juden gefallen lassen? Die Kreistände verwalten unser Kreisvermögen. Das ist nur von und für Christen aufgebracht und erparnt, und nun sollen Juden darüber verfügen! Haben wir denn Verfügung über das Gemeinvermögen der Juden? Die Kreistände bestellen unsere Schiedsmänner und verwalten selbst dieses heilsame Amt. In unzähligen Fällen werden die Parteien gezwungen, sich vor dem Schiedsmann zu stellen. Sollen wir gezwungen werden, uns vor einem Juden zu stellen? ... Wir wollen aber dem Worte Gottes und Sr. Majestät unserem allergnädigsten Könige unterthan sein, der, wie alle seine Vorfahren in der Krone, nicht will, daß seine christlichen Unterthanen, seine Genossen im Worte Gottes und am Sakrament, unter jüdische Obrigkeit gestellt werden sollen. ... Wir bitten daher ganz gehoramt: Ein hohes Herrenhaus wolle das von uns abwenden, daß Juden Mitglieder der Kreistände werden dürfen, und dadurch uns in unseren heiligen Christenrechten schaden.“

Ähnliche Petitionen sind auch aus anderen Gegenden eingelaufen. — [Ueber die Vorgänge im Gewerbeinstitut.] Die „N. Z.“ folgende Darstellung: „Anfangs März v. J. fanden mehrere General-Versammlungen der Studierenden des Instituts zur Besprechung allgemeiner Angelegenheiten statt. Es wurde darin eine Petition erlassen, die dem Direktorium zur Befürwortung übergeben werden sollte. In dieser Petition war nachgewiesen, daß von 176 der vorigen Jahr auf dem Institute weilenden Zöglinge 58 das Maturitätszeugniß von Gymnasien oder Realschulen erworben und von 99 von Provinzialgewerbeschulen Entlassenen 69 die Prima oder Sekunda eines Gymnasiums oder Realschule besucht haben, und daß nur bei 13 Zöglingen dem Besuche einer Gewerbeschule nicht der eines Gymnasiums oder Realschule vorgezogen ist, aus welchem Verhältnisse hervorgeht, daß die bei der Gründung des Instituts für Handwerker berechneten Einrichtungen mit den Bedürfnissen der jetzt Studierenden in grollem Widerspruche ständen; die Petition setzte auseinander, daß dem höheren Bildungsgrade der Studierenden durch veränderten Lehrplan, durch freie Wahl der Kollegien entsprochen werden müsse, und, in welchem Mißverhältnisse das Alter und die Reife der Einzelnen zu der ihnen widerstehenden Behandlung stünde. Es wurde eine Deputation von drei Studierenden gewählt, diese Petition dem Direktor zu übergeben. Aus der mündlichen Verhandlung der drei Deputirten mit dem Direktorium glaubte das ganze Institut die Hoffnung schöpfen zu können, einen Theil seiner Wünsche erfüllt zu sehen. Nach etlichen Tagen wurde die Kommission zum Direktor beschieden, um die Antwort des Ministeriums zu vernehmen. Es wurde ihnen ein Reskript des Ministers vorgelesen, worin der Gesamtheit der Studierenden das Recht abgesprochen wurde, in pleno Petitionen abzugeben, worin ferner die ausgesprochenen Bitten als eine Auflehnung gegen die Hausordnung bezeichnet wurden, und monach endlich die drei Vertreter schriftlich erklären mußten, bei Verlust ihres Stipendiums oder sofortiger Entlassung aus dem Institut, selbst nichts weiter in der Sache thun zu wollen, sondern so weit es ihnen möglich, die Bewegung zu unterdrücken. Außerdem sollte ihren Eltern Mitteilung von ihrem Vergehen gemacht werden! Der Unwille, den die Behandlung ihrer Vertreter in den Gemüthern erzeugte, konnte nicht unterdrückt werden; es vereinigte sich eine Anzahl von Zöglingen zur Abfassung einer neuen Petition. Diese Petition, die vorerst den Lehrern zur Begutachtung vorgelegt wurde, erhielt fast vollständige Zustimmung von Seiten dieser Herren, wurde aber auf Anrathen derselben zurückgezogen. Endlich blieben auch alle ferneren Bestrebungen, den durch Ministerialreskript vom 5. Juni 1850 eingelegten und dem Direktor beigeordneten Studienrath ins Leben zu rufen, durchaus erfolglos. Anfang dieses Semesters unternahm der Direktor eine Inspektionsreise zu den polytechnischen Anstalten Deutschlands; alles war gekloppt auf die Veränderungen, die in den Einrichtungen des hiesigen Gewerbeinstituts stattfinden sollten. Es kam die Verordnung, daß alle Zettel, die an das schwarze Brett angeklebt werden, vorher von dem Direktorium unterschrieben sein müßten, und es wurde ferner die Kontrolle eines Lehramtskandidaten über den Klassenbesuch eingeführt. Diese verlegende Kontrolle, der Zwang, für die jedesmalige Versammlung auf einem Zettel um Entschuldigung zu bitten, erregte eine solche Erbitterung, daß es zu fortwährenden Oppositionen kam. Bald entstand bei dem Eintritt des Aufsehers allgemeinen Scharen und Murren, bald verließ der größere Theil seine Plätze, bald insultirte man den Kandidaten, bis sich die Erbitterung in vergangener Woche zu der Demonstration steigerte, daß beim Eintritt des Aufsehers sämtliche Studierende das Auditorium verließen. Diese Demonstration geschah so einstimmig, so überraschend und ebenso von ganz unabhängigen, wie von Stipendiaten und Inhabern von Freistellen, daß man wohl annehmen muß, dem Ehrgefühl der jungen Männer sei zu viel zugezogen worden. Den anderen Tag kündigte der Direktor an, daß für diejenigen, die den beim Nendanten ausliegenden Revers unterschreiben, die Vorlesungen weiter fortgesetzt, von Denjenigen, die das nicht thun, aber werde angenommen werden, daß es ihnen mit ihrem Studium nicht Ernst sei. Der zu unterschreibende Revers lautet: „Ich erkläre hiermit, daß ich die am 2. und 3. d. vorgekommenen Störungen des Unterrichts nicht veranlaßt habe, sondern vielmehr entschieden mißbillige und in Zukunft, so viel ich vermag, ähnlichen Aufregungen vorbeugen will.“ Dieser Revers ist nur von Vierem unterschrieben worden. Die Studierenden der 3. Klasse schickten darauf eine Erklärung, versehen mit 83 Unterschriften, des Inhalts, daß sie mit dem Verhalten der 1. und 2. Klasse einverstanden seien, und daß auch sie nicht eher das Institut besuchen würden, bis die 1. und 2. Klasse rekonstituiert sei. So steht augenblicklich die Angelegenheit. Wir wollen die Demonstration der Zöglinge des Gewerbeinstituts nicht in Schutz nehmen, wir meinen aber, daß sie bei größerer Schonung des Ehrgefühls gebildeter junger Männer, die keine Knaben mehr sind, und bei angemessener Berücksichtigung berechtigter Wünsche hätten vermieden werden können.“

Halberstadt, 7. Febr. [Der Defraudationsprozeß.] In dem Prozesse wider v. Roke und Genossen ist bereits, wie verlautet, die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht worden. Man betont insbesondere den Umstand, daß v. Roke jun. behauptet, nicht gewußt zu haben, daß der Steuerausheber C. Fischer die Notierungen der Gewichtsquantas mit seiner Namensunterschrift habe verbürgen müssen, und dennoch wegen „Urkundenfälschung“ zu Zuchthausstrafe verurtheilt worden sei. Man erwartet daher, daß das k. k. Obertribunal den Begriff „Urkunde“ werde feststellen und danach die ausgesprochene Strafe bestätigen oder das Urtheil vernichten. (M. G.)

Königsberg, 7. Febr. [Die Realschulen.] Rektor und Lehrer unserer Köbenicht'schen höheren Bürgerschule, einer der drei glücklichsten Realschulen unserer Provinz, denen durch die Unterrichtsordnung vom 6. Oktober v. J. das Prädikat „erster Ordnung“ und

die mit demselben verbundenen Privilegien verliehen worden sind, haben in diesen Tagen an den Magistrat das Gesuch gestellt, er möge durch eine an den Landtag zu richtende Petition auf baldigen Erlass des durch Art. 26 der Verfassung vorgeschriebenen Unterrichtsgesetzes hinwirken. Als Motiv führen sie an, daß gerade das, monach bisher alle Welt verlangte, nämlich Rechtssicherheit für die Realschule, durch die Unterrichts- und Prüfungsordnung vom 6. Okt. 1859 eben nicht gewährt sei. Vielmehr sei die rechtliche und die faktische Existenz derselben auch nach diesem Ministerialreskript eine mindestens eben so prekäre geblieben, als sie es nur jemals gewesen sei. (D. Z.)

Münster, 6. Jan. [Zurückgewiesenes Gnadengesuch.] Sicherm Vernehmen nach ist das Gnadengesuch der Wittve Steegemann und des Ackernechts Terstege aus Buer von Sr. K. H. dem Prinz-Regenten zurückgewiesen worden. Dieselben wurden bekanntlich vor ungefähr einem Jahre wegen Mordes an dem Ehemanne der erstern von dem hiesigen Schwurgerichte zum Tode verurtheilt. Nachdem die Vollstreckung der Strafe durch Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde und nach deren Zurückweisung durch das Bescheiden des Gnadenweges bis dahin aufgehalten war, wird dieselbe nunmehr binnen Kurzem durch Hinrichtung der beiden Verurtheilten vollzogen werden.

Naugard, 8. Februar. [Feuer.] Gestern Abend brannten die an der Stettiner Chaussee belegenen Scheunen größtentheils ab.

Oesterreich. Wien, 6. Februar. [Anträge in Betreff Venetiens; Verwarnung; Bestrafung.] Der französische Gesandte Marquis de Montier hatte im Laufe der letzten Tage zu wiederholten Malen Konferenzen mit dem Grafen Rechberg, und es wird mit Bestimmtheit versichert, daß es sich hierbei um die Abtretung Venetiens gehandelt habe. Der französische Gesandte soll positive Anträge gemacht, dieselben aber keine günstige Aufnahme gefunden haben. Es scheint, daß man in den entscheidenden Kreisen die Behauptung Venetiens als Ehrensache auffasse und von einer Abtretung schlechterdings nichts wissen wolle, darauf deuten wenigstens die Truppenverfästungen hin, welche nach Venetien abgehen, so wie der Umstand, daß die Polizeimannschaft und die Gendarmen durch Abtheilungen aus Prag, Linz und Wien verstärkt werden. — Der „Pesther Lloyd“ zeigt an, daß er eine zweite Verwarnung erhalten hat, welche in dem Erlasse des Generalgouvernements vom 1. Februar in folgender Weise motivirt wird: „Der „Pesther Lloyd“ hat es sich seit längerer Zeit in konsequenter Weise zur Aufgabe gemacht, aus anderen außerhalb Ungarn erscheinenden Blättern einzelne Artikel mit Eifer zu sammeln und aufzunehmen, welche darauf berechnet sind, die Absichten der Regierung zu verdächtigen und das Vertrauen in dieselbe zu schwächen. So hat derselbe auch im Abendblatte vom 28. Januar den in Wien erscheinenden „Neuesten Nachrichten“ wieder einen Korrespondenzartikel über die Vertrauenskommissionen nachgedruckt, welcher offenbar die gleiche Tendenz verfolgt. Da aus diesem Vorgehen des „Pesther Lloyd“ seine obenerwähnte, mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung unvereinbare Richtung unzweifelhaft zu erkennen ist, so findet sich das k. k. Generalgouvernement veranlaßt, anzuordnen, daß dem genannten Blatte die zweite schriftliche Verwarnung ertheilt werde.“ Die Redaktion des „P. L.“ fügt hinzu: „Es trifft uns dieser Erlass um so schwerer, als sonst, nach den Bestimmungen des Preßgesetzes, unsere erste Verwarnung binnen drei Tagen verjährt wäre.“ — Die amtliche „Preß. Ztg.“ berichtet: „Von den bei den bekannten Ereignissen in Pesth kompromittirten Studierenden sind zwei relegirt worden, und ist der eine, ein Siebenbürger, bereits nach seiner Heimath dirigirt, während der zweite, weil er der Betheiligung an einem spätern Erzeß angeschuldigt ist, noch in Haft gehalten wird.“

— [Auflösung der Schwarzer'schen Weinhandlung; aus Venedig.] Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat der Begründer der Wien-Pesther Weinhandels-Gesellschaft, Herr Schwarzer, trotz der günstigen Aussichten, die für dieses Unternehmen vorhanden waren, sich entschlossen, dasselbe aufzugeben. Herr Schwarzer löst gleichzeitig sein eignes Geschäft auf, das er seit länger als 40 Jahren betrieben, und tritt in den Ruhestand. Die Kreditanstalt sowohl, als auch das Bankhaus Sim. P. Sina hatten Herrn Schwarzer sehr günstige Propositionen gemacht. Im Interesse der Ungarischen Weinproduktion würde es liegen, wenn ein Anderer den Plan aufnähme. — Privatberichte aus Venedig melden, daß dort die Agitation zum Stillstand gekommen ist. Ruhestörungen waren schon in letzter Zeit seltener geworden, und wenn gleich ein Versuch des Statthalters, die ruheliebenden Bürger zur Unterstützung der Polizei heranzuziehen, erfolglos geblieben ist, so hat sich doch in voriger Woche nichts ereignet, was die Ordnung gestört hätte. (B. H.)

— [Polizeimannschaften nach Venetien.] Die „Presse“ meldet: „Das Personal der Sicherheits-Organen im Venetien wird gegenwärtig verstärkt. Abtheilungen von Militärpolizeimannschaften von den Provinzial-Hauptstädten Linz, Prag, Brünn und Lemberg sind nach den venetianischen Provinzen beordert worden und theilweise auch schon mittelst Südbahn von hier dahin abgegangen. Auch von der Wiener Polizeimannschaft soll eine Abtheilung dahin gesendet werden. Von der k. k. Gendarmerie ist gleichfalls ein Transport vom Südbahnhof nach Italien abgegangen.“

— [Dr. Drges.] Seit mehreren Tagen verweilt hier der berühmte (?) Herr Dr. Drges, einer der Redakteure der „N. P. Ztg.“. Er wurde mit Auszeichnung empfangen und hatte bei dem Kaiser eine Privat-Audienz erwirkt, welche länger als eine Stunde gedauert haben soll. Von den Ministern hatten bis jetzt namentlich Graf Rechberg und Freiherr v. Bruck mit Dr. Drges Unterredungen.

Wien, 7. Februar. [Wie sich die Zeiten ändern!] Es ist bekannt, wie sehr Oesterreich die Anerkennung des zweiten französischen Kaiserreichs unterstügt hat. Aus einem damals von dem Fürsten Schwarzenberg erlassenen Memoire theilt die „Südd. Ztg.“ folgenden Passus mit: „Wir überlassen uns nicht der Illusion, als ob der gegenwärtige Zustand in Frankreich lange dauern könnte, denn in diesem Lande ist nun einmal die Revolution permanent und der Charakter des französischen Volkes unaufhörliche Bewegung. Aber für jetzt und die nächste Zukunft müssen wir in Louis Napoleon nicht nur den besten, sondern sogar den einzig möglichen Gewährleister der Ordnung innerhalb Frankreichs erkennen, während



unter den Bourbons, wenn man sie restaurierte, Alles um und um gekehrt und die Büchse der Pandora aufs Neue geöffnet werden würde. Diese Bourbons, trotz ihrer Legitimität, sind dem konstitutionellen, d. h. revolutionären Systeme verfallen, welches wir fürchten müssen; wogegen Louis Napoleon, trotz seines illegitimen Ursprungs, das Prinzip der absoluten Monarchie festhält, welchem wir vertrauen müssen. Stimmen die Ansichten der Kabinette von Preußen und Rußland mit dieser Auffassung überein, so werden sie in Gemeinschaft mit Oesterreich die Verträge von 1815 nicht nach deren Buchstaben, wohl aber nach deren Geist interpretieren." (Fiat applicatio!)

— [Eine österreichische Kreuzzeitung.] Hugo Karl Fürst und Altgraf zu Salm-Reifferscheid, Joseph Fürst Colloredo-Mannsfeld, Karl Graf Wollenstein-Trostburg, Georg Wilhelm Freiherr Waldersee, Heinrich Graf Lam-Martinis und Egbert Graf Belcredi haben ein Programm eines neu zu gründenden Organes der Aristokratie veröffentlicht, einer „Österreichischen Kreuzzeitung.“ Aus diesem Programm hebt die „Presse“ folgende Punkte hervor: „Seit den erschütternden Ereignissen der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, seit jenem ersten gewaltigen Andrängen revolutionärer Gewalten, welchen der Thron und die alte Ordnung der Dinge in Frankreich erlag, ist Europa nicht wieder zur Ruhe gelangt. Wohl wurden die revolutionären Bewegungen mehr als einmal mit Gewalt niedergeschlagen. Die Revolution selbst aber wurde nie besiegt.“ Mit diesen Sätzen beginnt das Programm. Es berichtet dann, daß die Revolution noch permanent thätig sei; während die Mordwerkzeuge ruhen, seien die Geister thätig; Unglaube, Korruption, Demoralisation hätten die Herrschaft; eine fortarbeitende böse dämonische Macht zerstöre alles Bestehende und gewinne täglich neue Bundesgenossen. Diesem Feinde der göttlichen Ordnung gegenüber müsse endlich auf dem Felde der Tagespresse, wo er gegenwärtig am furchtbarsten haue, ein Organ entgegengesetzt werden, und für dieses Organ nun ergehe der Schlußsatz zum „Kampf für Wahrheit, Recht und Ordnung, gegen Lüge, Unrecht und Umsturz, mit einem Worte: gegen das Franzosenthum.“ Dieses „Franzosenthum“ schildert das Programm als die entsetzlichste Erscheinung in der Geschichte der Menschheit. Es sei dieselbe furchterliche Thatfache, die 1789, 1830, 1848 und endlich im neuen „Cäsarismus“ die Welt mit Schrecken erfüllt habe: die Revolution, welche im „Franzosenthum“ verkörpert sei — ihm gelte der Kampf! Die Gründer versprechen ferner zu „streiten für die Einheit Oesterreichs, wie es als ein Reich von Gott gesetzt ist“, für „das Recht und die Besonderheit der einzelnen Länder“, für „Wahrung von Sprache und Sitte der einzelnen Nationalitäten“, aber nicht als „politisches Moment“, sondern „als Subjekt historischer Berechtigung“ soll jede Nationalität „in ihrer Existenz“ gewahrt werden. Hinsichtlich der Landesverfassung will das Programm „einen staatsrechtlichen Aufbau auf den gewordenen organischen Grundlagen als Träger wahrer Selbstregimenten“, denn es will stehen „auf dem Boden der erhaltenen, konservativen Prinzipien“, aber es will nicht alles Bestehende erhalten, „ohne zu sehen ob es zu Recht besteht und ob es gut ist“, und es will nicht alles wiederherstellen, „was durch Fügung und Schickung zu Grunde gegangen ist“, sondern es will nur erhalten und wiederherstellen, „was nothwendig zur Grundlage einer rechtlichen Ordnung der Dinge gehört.“ Endlich gelobt das Programm auch, „in Allem für die Gläubigkeit zu kämpfen gegen Unglauben, für Kirchlichkeit gegen Indifferentismus, für Recht und Autonomie der katholischen Kirche“, und gleichfalls zu „schützen Recht und Freiheit der Gläubigen anderer christlichen Bekenntnisse.“

Wien, 8. Febr. [Finanzmaßregeln.] Die Staatsschuldenkommission veröffentlicht den Stand des Tilgungsfonds, dessen Gesamtvermögen circa 190 (196?) Millionen Gulden beträgt. Davon soll ein Kennwerth von 143 Millionen, dessen jährliches Zinsforderniß 6 Millionen beträgt, getilgt werden. Die Lösung eines solchen Betrages der Staatsschuld würde das Vertrauen heben. Ferner sollen der Bank 9 1/2 Millionen Grundentlastungs-, 1 3/4 Millionen Nordbahnbobligationen 14 Millionen Galizische und 15 1/4 Millionen Preussobligationen, in Gesamtsumme 42 1/4 Millionen als Abschlagszahlung überwiesen werden. Der noch verbleibende Tilgungsfonds von 12 1/2 Millionen Gulden solle der Finanzverwaltung übergeben werden. (Tel.)

Prag, 4. Febr. [Einstellung des Verlaufs von Militärpersonen; Ausweisung; Slavenball.] Daß bei der Regierung die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der italienischen Angelegenheiten sehr gering sind, darauf deutet eine an das Generalkommando ergangene Zufchrift, nach welcher dasselbe alle weiteren Verkäufe arabischer Pferde einzustellen und eine schleunige Ablieferung der den Bauern nach Beendigung des italienischen Feldzuges zur freien Benützung für den Feldbau überlassenen Kavallerie- und Fuhrwesenpferde zu veranstalten hat. — Der durch seine Schriften sehr populäre tschechische Literat Prof. Chocholoušek wurde vor zwei Tagen zu dem Polizeidirektor versprochen und demselben mitgetheilt, „binnen 24 Stunden die Hauptstadt und deren Umgebung unter Vermeidung der gesetzlich eintretenden Folgen bei Nichtbeachtung dieses Auftrags“ zu verlassen. Diese Nachricht verbreitete sich mit Blitzesschnelle und hatte namentlich in den niederen Klassen der Bevölkerung Aufregung und Unwillen hervorgerufen, der sich in vielen öffentlichen Lokalen durch laute Berwünschungen, so wie durch Abfingung von revolutionären Liedern Luft machte. Allen Vorstehern von Zivilordnern und Musikgesellschaften ist angedroht, daß, im Falle sie böhmische und magyarische Nationallieder spielen ließen, sie binnen 24 Stunden aus der Stadt ausgewiesen werden. — Der am 1. Februar stattgefundene „Slavenball“ wurde mit einer von Ludwig Prochaska, einem Juristen, komponierten „Slavjanska quadrilla“ eröffnet, die, als bloß slavischen Liedern zusammengestellt, mit der russischen Volkshymne endete, welche letztere unter den ungewöhnlich zahlreichen Balltheilnehmern mit einem stürmischen Applaus empfangen wurde und fünfmal wiederholt werden mußte. Zu Ehren der Magyaren war auch in diese Quadrille zahlreiche Motive aus dem Rakoczymarsch eingewebt. Sämmtliche hier studierende Magyaren, Serben, Kroaten und Bulgaren waren in ihrer schmutzen Nationaltracht erschienen. In jener Haupttheilnahme des Saales, wo sonst immer bei Ballfesten, stand diesmal eine schön gearbeitete, lebensgroße Statue des tschechischen Herzogs Bretislav und ihm gegenüber jene Przemysl Ottokar II. Selbst der Kopfputz der Damen war ausschließlich national: weiß-roth. (D. A. Z.)

Pesth, 6. Febr. [Demonstration.] Bei dem gestrigen Maskenball im ungarischen Theater wurde nach Mitternacht der Rakoczymarsch begehrt. Studenten waren bei dieser Demonstration nicht theilhaftig. Drei Maskenschloffer wurden arretirt. Man verlangte ihre Freilassung. Es wurden Wachtbereitschaften herbeigezogen und hierauf die Ruhe ohne Anwendung der Waffen hergestellt und die Tanzunterhaltung wieder fortgesetzt. (Wien. Z.)

Bayern. München, 7. Febr. [Vermächtniß.] Die „Neue Münchner Zeitung“ meldet heute, wie die „Fr. P. Z.“ telegraphisch mittheilt, daß der Gonfaloniere Camerini in Ferrara Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich 60 Millionen Franken testamentarisch hinterlassen habe.

Würzburg, 5. Februar. [Ein Attentat.] Gestern Vormittag wurde ein Attentat auf den Staatsanwaltsassistenten Endres im Gerichtssaale während einer öffentlichen Verhandlung verübt. Als derselbe nämlich gegen den ledigen Vurschen Ferdinand Conrad von Regbach wegen Diebstahlsvergehens seinen Strafantrag stellte, erhob sich dieser von der Anklagebank, brachte einen schweren spitzen Stein aus seiner Rocktasche hervor und warf solchen mit aller Macht gegen den Genannten. Der Wurf mißglückte aber, zerstückelte eine Streusandbüchse und dann ein Fenster und fiel durch dasselbe auf die Straße hinab. Die Gendarmerie bemächtigte sich des Verbrechers. (Msch. Z.)

Sachsen. Dresden, 7. Febr. [Vom Hofe.] Der Kronprinz und die Kronprinzessin sind nach Karlsruhe zur Bestattung der Großherzogin Stephanie gereist.

Baden. Mannheim, 7. Febr. [Eine Konferenz.] In den letzten Tagen hat hier eine Konferenz der österreichischen Gesandten am badischen Hofe und am Bundestage mit Fürst Metternich, dem Gesandten in Paris stattgehabt. Großherzog Ferdinand von Toscana war zu gleicher Zeit hier anwesend.

Hamburg, 7. Febr. [Strike der Schiffszimmerleute.] Die, wie vor einigen Tagen gemeldet, nach Flensburg zurückgekehrten Schiffszimmerleute bildeten nur einen Theil der von den hiesigen Brotherrn engagirten fremden Arbeiter. Ein anderer Theil arbeitet bereits seit einiger Zeit auf den hiesigen Werften. Mit Hilfe dieser und anderer noch erwarteter, so wie hiesiger nicht zum Gewerbe der Schiffszimmerleute gehörenden Arbeiter werden die Arbeiter auf den meisten Werften in einigen Tagen ihren ungestörten Fortgang nehmen. Die Schiffszimmerleute haben daher keine Aussicht, durch die Arbeitseinstellung die Baase zur Nachgiebigkeit gegen ihre Forderungen zu zwingen. (H. B. H.)

Sächf. Herzogth. Koburg, 6. Febr. [Wucherge-] Der Landtag genehmigte in seiner vorgestrigen Sitzung ohne Debatte die von der Staatsregierung eingebrachten Gesetzesentwürfe, welche die Aufhebung der Wuchergeetze und des Anastasianischen Gesetzes zum Zwecke haben.

Altenburg, 6. Februar. [Aussicht über den Privatunterricht.] Die Gesetzesammlung enthält eine Verordnung, welche zur weiteren Ausführung der Bestimmung des Grundgesetzes, wonach dem herzoglichen Konsistorium die Aufsicht über die Schulen des Landes und insbesondere die Fürsorge dafür übertragen ist, daß kein Kind ohne den gehörigen Unterricht verbleibe, die Aufsicht über den Privatunterricht näher regelt. Jeder, welcher einen Beruf daraus macht, in einem der zum öffentlichen Landesunterricht gehörigen Unterrichtszweige Privatunterricht zu ertheilen, hat hiernach zuvor die Erlaubniß der Schulaufsichtsbehörde des betreffenden Bezirks (des Ephorus) einzuholen und zu diesem Zwecke seine Qualifikation zum Lehrberuf nachzuweisen. Die Errichtung oder die Uebernahme der Leitung eigener Privatlehranstalten unterliegt jedesmal der Genehmigung des Konsistoriums, welchem, neben dem Nachweis über die wissenschaftliche und sittliche Befähigung, das lokale Bedürfniß und auch der Plan der Anstalt darzulegen ist. (L. Z.)

#### Großbritannien und Irland.

London, 5. Febr. [Tagesbericht.] Lord Ward ist von der Königin zum Grafen erhoben worden. Dadurch wird der alte Grafentitel Dudley wieder ins Leben gerufen, obwohl wieder, allem Anscheine nach, nur für kurze Zeit, da Lord Ward Wittwer und kinderlos ist. Dafür nennt man ihn einen der reichsten, wenn nicht den reichsten Mann Englands. Ein großer Theil der ergebigen Eisenwerke in Worcestershire und Staffordshire ist sein Eigenthum, und durch die bloße Erwartung, daß die französischen Eingangszölle auf englisches Eisen herabgesetzt werden dürften, soll der Werth seiner Immobilien um nicht weniger als 100,000 Pfd. jährlich gestiegen sein. Als Beschützer künstlerischer Talente nimmt Lord Ward seit einer Reihe von Jahren im englischen Adel einen hervorragenden Rang ein. — Das „Athenäum“ widmet dem verewigten Ernst Moritz Arndt einen herzlichen Nachruf, in welchem es heißt: „Wir wollen den Dahingegangenen nicht beklagen, er hat ein an Jahren und wohlverdienten Ehren reiches Leben ausgenossen. Der Rhein beipült kein edleres, glücklicheres Grab, als das seine.“ — Die Eisenwerke in den nordöstlichen Grafschaften Englands (Northumberland und Durham mit Einschluß des Distrikts Cleveland) beschäftigten im verfloffenen Jahre 68 Hochöfen (10 mehr als im Jahre 1858). Sie lieferten zusammen 620,000 Tonnen, von denen 46,934 nach dem Auslande verschifft und 524,066 in den Distrikten selbst zu Zahneisen, Platten u. dergl. verarbeitet wurden. Am 31. Dez. 1858 betrug der Lagervorrath 25,000, am 31. Dezbr. des vorigen Jahres 74,000 Tonnen. Fünf neue Hochöfen sind beinahe vollendet, sechs andere im Bau begriffen.

— [Eisen- und Kohlenarbeiter-Strike in Glasgow.] Seit ca. 8 Tagen haben nachstehende Werke ihre Hochöfen in Schottland in Folge der erhöhten Forderung der Kohlenminenarbeiter ausgeblasen, die Eisenminenarbeiter erhielten Anfangs Januar bereits eine Zulage per Tag von 6 d. oder 5 s. Gartsherry 16 Defen, Montland 9, Dundyan 9, Calder 6, Longloan 6, Cambro 6, Summeron 6, Coltness 6, Govan 6, Glengarnock 9, Ardur 4, Blair 5, Eglinton 5, Muirkirk 3. Durch diese Arbeitereinstellung im Glasgowerdistrikt werden wöchentlich circa 15,000 Tons oder 300,000 Ztr. preuß. Gewicht weniger fabrizirt, also in einem Monat die kolossale Summe von einer Million Zweimalhunderttausend Ztr. Eisen. Ferner: das Anblasen der Defen erfordert mindestens 14 Tage, also wenn die Arbeitereinstellungen nur noch ca. 14 Tage dauern würden, so könnten die Defen erst Medio Mai Eisen produzieren. Die Defen an der Mäule arbeiten fort, fabrizieren jedoch geringere Qualitäten.

London, 6. Febr. [Tagesnotizen.] Im Armeekommando stehen mehrere Personal-Veränderungen bevor. General Scarlett ist zum Nachfolger des Sir George Wetherall ernannt worden, welcher seinen Posten als General-Adjutant am 1. April niedergelegt. In militärischen Kreisen will man wissen, Sir George Wetherall werde das Kommando in Irland übernehmen, doch hat die „Times“ Grund zu glauben, daß der Oberbefehlshaber des Heeres, der Herzog von Cambridge, den etwas älteren General Sir George Brown als Nachfolger Lord Seaton's empfehlen wird. — Die Zahl der Unterhaus-Mitglieder, welche wegen ihres Alters über 60 Jahre beanspruchen, von der Pflicht, in Wahlkreisen zu sitzen, entbunden zu werden, beträgt 70. Darunter befinden sich Lord Palmerston, Lord John Russell, Sir J. Graham, Sir C. Napier, General Sir de Lacy Evans und Herr Spooner. — Für das neue Parlamentsgebäude sind bis zum 31. Dezember 1859 nicht weniger als 2,198,099 £. veranschlagt worden. In dieser Summe sind die Kosten für die Fresko-Gemälde und Statuen, so wie für die laufenden Kosten der Erleuchtung und Ventilation nicht mit eingerechnet. — In der Militärschule zu Sandhurst wird demnächst ein Lehrer der Kriegsgeschichte angestellt werden. — Rowland Hill, Sekretär des General-Postmeisters, ist zum Kommandeur des Bathordens, und Kapitän Peel, gegenwärtig Vize-Konsul zu Dran, zum Konsul in Port Mahon ernannt worden.

London, 7. Februar Nachts. [Parlament.] In der so eben stattgehabten Sitzung des Unterhauses antwortete Lord John Russell auf eine Interpellation Sir Hamilton's, die italienische Frage betreffend: England habe Frankreich vier Propositionen gemacht: 1) Oesterreich und Frankreich interveniren in Italien nicht ohne Zustimmung der Großmächte; 2) nach Lösung der italienischen Frage zieht Frankreich seine Truppen aus Rom und dem übrigen Italien zurück; 3) keine Intervention in Venedig; keine europäische Macht solle Ansprüche bezüglich der Regierung in Venedig stellen; 4) Sardinien schickt keine Truppen nach Mittel-Italien, bis das neue Votum bekannt ist. Sollte dasselbe der Vereinigung mit Sardinien günstig sein, dann solle es demselben freistehen, Truppen dahin zu senden. Frankreich nahm die ersten drei Anträge mit einigen Modifikationen bezüglich der Zeit an; über den vierten Punkt schweben noch Beratungen. Oesterreich habe noch keine offizielle Antwort ertheilt. Heute sei eine Depesche des Grafen Rechberg eingetroffen, nach welcher derselbe seine Bewilligung zu Anträgen nicht geben könne, bevor er die Befehle des Kaisers erhalten habe; nur könne Graf Rechberg sagen, Oesterreich erkenne keinesfalls den gegenwärtigen Ausnahmezustand in Italien an, es beabsichtige keine Truppen sendungen nach Italien und werde sich auf die Vertheidigung seines eigenen Gebietes beschränken. Lord John Russell fügte hinzu, daß Mittheilungen über die gestellten Anträge an Rußland und Preußen gemacht worden seien, daß von Seiten Rußlands keine Antwort erfolgt sei, daß aber Preußen sich aufstimmend geäußert habe. Die Unterhandlungen schweben noch und es seien alle Gründe für eine friedliche Ausgleichung der italienischen Frage vorhanden. (Oberhaus. Tel.)

#### Frankreich.

Paris, 6. Febr. [Verhandlungen über die italienische Frage.] Endlich scheint die Diplomatie die Form, nach welcher die Neugestaltung der Dinge in Italien vor sich gehen soll, gefunden zu haben. England hatte bekanntlich längst das Prinzip der Nichtintervention aufgestellt und dadurch einfach dem Triumphe der Revolution und des fait accompli das Wort geredet. Es war dies der einzige Punkt, über welchen es mit Frankreich einen förmlichen Vertrag abschließen wollte, und man begreift, daß der Kaiser einen solchen, der nur die Unthätigkeit Frankreichs und keinerlei Entschädigung stipulirt hätte, abgelehnt hat. Nachdem festgestellt war, daß das Arrangement nur ein mündliches sein sollte, theilte England gegen Ende des vorigen Monats Lord Cowley seine Instruktionen über die einfachste Art der Lösung der italienischen Angelegenheit mit. Diese Instruktionen gingen zwar von der Basis eines Einverständnisses zwischen beiden Mächten aus, enthielten aber einen sehr verfänglichen Punkt, der sich erst in Folge der jüngsten Manifestationen über Venedig gebildet hatte. Lord Cowley erhielt den Auftrag, nächst dem bereits angenommenen Prinzip der Nichtintervention und der Abstimmung nach den in jedem der betreffenden Länder bestehenden Wahlgesetzen den englischen Beschluß geltend zu machen, daß Venedig unangetastet bleiben solle. Ich habe zwar nie daran geglaubt, daß Napoleon III. sich von Herrn v. Savour dergestalt ins Schlepptau würde nehmen lassen, daß er, um Savoyen zu erhalten, den Krieg gegen Oesterreich aufs Neue begünne; aber die zu richtiger Zeit offiziell kundgegebene Ansicht Englands über Venedig ist darum hier von nicht geringerer Wirkung gewesen. Sie ist um so erklärlicher, als die französische Regierung fest überzeugt ist, daß England auch das Urtheil der andern Mächte und besonders Preußens über diese Angelegenheit kennt. Man will hier sogar wissen, daß Preußen die englische Regierung mit großer Aufrichtigkeit davon unterrichtet habe, daß Deutschland einen Angriff auf Venedig nicht ruhig würde mit ansehen können. Bei dem Ausbruch des vorjährigen Krieges hat man der Diplomatie den Vorwurf gemacht, nicht bei Zeiten ihr Votum abgegeben zu haben; es scheint, als ob sie diesmal jenem Vorwurfe entgehen wollte. Ich habe bisher nichts Bestimmtes über die Aufnahme erfahren, welche dieser Plan von Seiten Oesterreichs erfahren hat; daß man in Wien aber sehr schwankend und selbst in Gefahr ist, die alten konservativen Prinzipien aufzugeben, beweist mir folgender Zwischenfall. Der Großherzog von Toscana hat einen Agenten an den Kaiser geschickt, der beauftragt war, im Namen des Großherzogs zu erklären, er sei bereit, sich der Probe des allgemeinen Stimmrechtes zu unterwerfen. Auch sollten nach einem andern sehr gewagten Plane von derselben Seite die Legationen zu Toscana und der ganze neue Staat unter die Suzeränität des Papstes mit Beibehaltung der großherzoglichen Familie kommen. Die allgemeine Abstimmung ist wirklich auf den speziellen Antrag Englands abgegeben worden. England war überzeugt, daß man damit allenfalls in Parma und Modena, aber nicht in Toscana und den Legationen die Majorität für die Annexion erreichen würde. Es ging so weit, auf den Marquis v. Pepoli zu verweisen, und wie ich höre, soll dieser ebenfalls seine Bedenken kundgegeben haben. (Dr. Z.)

— [Die Familie Bonaparte und ihr Oberhaupt.] Während sich Louis Bonaparte im Gefängniß, im Exil, im Unglück überhaupt befand, wollte seine liebe Familie eben nicht viel von ihm wissen; das war ganz in der Ordnung, nach dem gewöhnlichen Gang menschlicher Dinge. Aber auch als er schon „Monseigneur le Prince-Präsident“, stand er auf einem ziemlich frostigen Ton mit den Meisten vom Hause Bonaparte; erst seit dem Staatsstreich und der wirklichen Restauration des Kaiserreiches fing er: „Ou pent-on d'être mieux qu'au sein de sa famille!“ Hatte aber früher die liebe Familie ihr jetziges Oberhaupt kalt behandelt, so war es bis vor Kurzem das Oberhaupt, welches die verschiedenen Mitglieder der Familie in kühler Entfernung hielt. Davon waren eigentlich nur der Jerome und dessen Tochter, die separatirte Fürstin



Mathilde Demidoff von San-Donato ausgenommen; denn selbst deren Bruder, der Prince Montagnard, ou le citoyen Plon-Plon, war nicht sehr in Gunst. Die geistreiche, aber leichtsinnige Madame Maria Solmes, die sich aus eigener Machtvollkommenheit zu einer Prinzessin de Solms machte, wurde sogar ziemlich ungalant aus Frankreich fortgejagt, obwohl sie doch eine Enkelin des Prinzen Lucian, des Bruders des ersten Napoleon, war. Auch Prinz Karl von Canino, der eben so groß als Naturforscher wie als Revolutionär war, starb vor drei Jahren hier ganz unbeachtet, und von seinen drei jüngeren Brüdern hat es nur Hr. Louis Lucian Bonaparte zum kaiserlichen Senateur gebracht. Eben so wenig ließ sich der neue Kaiser die Murat's zu nahe kommen; früher benutzte er sie zuweilen in Italien; ihre Unfähigkeit ist aber so groß, daß sie, als es ernst wurde, gar nicht zum Vorschein kamen. Der eine Murat ist Großmeister der französischen Freimaurerei (im großen Orient von Frankreich); im Anfang dieses Jahrhunderts konnte König Joseph Bonaparte noch als Großmeister der französischen Maurer seinen Schwager Bernadotte den Weg zum schwedischen Thron bahnen; dieser Murat vermag nichts mehr. Kurz, bis vor kurzer Zeit wurde die bonapartistische Familie in den Tuileries nicht hoch angesehen. Das ist jetzt plötzlich anders geworden; denn nicht nur werden in Italien alle Familienverbindungen der Bonaparten eifrig benutzt. (Der Marquis del Gallo v. Nocciogiovine hat eine Julia Bonaparte, Graf Peter Primoli eine Charlotte Bonaparte, Graf Paul Campello eine Maria, Prinz Placido Gabrielli eine Augusta, Graf Vincent Valentini eine andere Maria, der Marquis Joachim Napoleon Depoli hatte eine Tochter Murat's zur Mutter u. s. w. u. s. w. Man sieht, wie weiterzweigt die Bonaparten im Adel von Mittelitalien geworden sind.) Der Marquis Depoli ist jetzt schon ein halböffentlicher Geschäftsträger der kaiserlichen Politik. Auch im Innern Frankreichs werden alle Fäden sorgsam aufgeführt, gestärkt und neu geknüpft; der ganze Großhain der Verwandtschaft wird aufgebogen; überall hört man Beaucharnais, Ramolins, Tassiers de la Pagerie u. s. w. Der Marquis de Lavalette, ebenfalls ein Verwandter des Kaisers Louis Napoleon, soll, wie man hört, für die Ambassade in Konstantinopel bestimmt sein. Was bedeutet die Geselligkeit, mit welcher man jetzt alle Verwandtschaftsgrade mit dem Kaiser betont? die Willfährigkeit, mit welcher man vom Hof aus diesem Bestreben entgegenkommt? Man hat verschiedene Meinungen; aber vermutlich wird der kleine Thiers Recht behalten, welcher gesagt haben soll: Es giebt bald eine große Beute zu theilen, und die Bonaparten haben immer eine gute Bitterung gehabt! (N. P. 3.)

— [Lagesbericht.] Man spricht von dem bevorstehenden Erscheinen einer Broschüre Ferdinand's de Lasterrie gegen den Anschluß Savoyens an Frankreich. — Das „Pays“ enthält folgende halbamtliche Mittheilung: „Einige Blätter haben einen aus dem Jahre 1810 datirenden bischöflichen Hirtenbrief reproduziert; diese Auffrischung, ohne die dazu nothwendigen Aufklärungen, hat hier und da die Gemüther beunruhigt, ohne Grund, aber wir nehmen doch ehrenvollen Akt davon. Die Ideen des Gouvernements muß man einzig und allein in den von ihm ausgehenden Worten: dans le langage même du gouvernement, und in seinen Handlungen suchen. Der feste Wille, den die Regierung des Kaisers stets kund gegeben hat, die zeitliche Macht des heiligen Stuhles in Achtung zu erhalten, kann Niemandem zweifelhaft sein. Der geringste Zweifel dagegen wäre ein gewaltiger Irrthum. Uebrigens dürfen Fragen so delikater, so ernster Natur von der Presse nicht leichtsinnig in Angriff genommen werden. Wir werden hierauf zurückkommen und dabei Gelegenheit haben, mehr wie je auf unser schon so oft ausgesprochenen Meinung zu beharren.“ — Sir John Bowring ist hier angekommen, nicht etwa in Sachen der chinesischen Expedition, sondern der Zolltarife wegen. Bowring war bereits 1831 und 1832 als englischer Kommissar in Zollangelegenheiten in Paris und gehört ganz der freihändlerischen Schule an. — Der Bischof von Versailles, den man bisher mehr zur gallikanischen Partei rechnete, hat einen äußerst heftigen Hirtenbrief in römischen Sinne erlassen. — Glaubwürdigen Mittheilungen zufolge sind in dem Gebiete des Smans von Maska und Zanzibar wieder Unordnungen ausgebrochen. Auf Requisition des dortigen französischen Konsuls geht eine Korvette nach Maska ab. — Die Unterhandlungen wegen Abtretung oder Austausches der französischen Niederlassung Chandernagor bei Kalkutta sind wieder aufgenommen worden. — Nach Berichten aus Madrid hat die spanische Regierung die Absicht, das von ihr eroberte und noch zu erobernde marokkanische Gebiet für sich zu behalten. Sie läßt bereits Sträflinge kommen, um eine Eisenbahn zwischen Ceuta und Tanger zu erbauen. Außerdem wird die Insel Tassif besetzt lassen, welche die Meerenge von Gibraltar beherrscht. Hier gefallen die Projekte nicht, und man wird wohl Maßregeln dagegen ergreifen.

— [Die geistlichen Güter.] In religiösen Kreisen versichert man, daß heimliche Befehle von Rom an die Klöster, Kongregationen, geistlichen Häuser u. eingetroffen wären oder zu erwarten seien, alle ihre Güter zu verkaufen, die Hypotheken nicht mehr zu erneuern, und die eingehenden Kapitalen in Werthen au porteur anzulegen. Alles in der Voraussicht, daß der Fall eintreten könnte, wo man sonst Hand auf die Güter der Klöster und anderer Häuser legen würde. Diese Anweisung soll besonders auf den Rath der Jesuitenprovinzialen von Lyon und von Brüssel gegeben worden sein.

### Italien.

Turin, 3. Febr. [Rüstungen.] Die Berichte aus Umbrien und den Marken lauten so bedrohlich, daß in Turin bereits reiflich erwogen wird, wie sich die sardinische Regierung im Falle einer allgemeinen Erhebung verhalten solle. Die Römer wandern zahlreich nach den Legationen und Toscana aus. Die Liga-Armee ist in der zweiten Hälfte des Januar um 2500 Freiwillige verstärkt worden. Der Kriegsminister Riant arbeitet und rüstet deshalb, als wäre der Ausbruch des Krieges schon im nächsten Frühjahr zu gewärtigen. Die Studenten von Pavia haben von Garibaldi 2000 Gewehre verlangt.

Turin, 4. Febr. [Befestigungen; Protest.] Nach dem „Espresso“ werden die Befestigungs-Arbeiten bei Bonato und am Mincio suspendirt und die dafür bewilligten 40 Millionen Lire auf 2 reduziert. — Der neugewählte städtische Ausschuss von Nizza hat in der ersten Sitzung gegen die Abtretung an Frankreich protestirt.

— [Der Protest gegen die Annexion Savoyens.] Die „Indép. Belge“ bringt folgenden Protest einflussreicher und

achtbarer Bürger Savoyens gegen die Auslassungen einiger französischer Blätter:

„Chambéry, 4. Febr. 1860. Mein Herr! Die französischen Blätter wollen über die Vorgänge in Savoyen die Wahrheit nicht sagen; die Kundgebung, die am 29. Januar in Chambéry stattfand, wird namentlich durch die offiziöse Presse des Kaiserthums und selbst durch das „Journal des Débats“, dem wir hier größere Unabhängigkeit des Charakters und größere Gerechtigkeit im Urtheile zuwanden, arg mißhandelt. Sehen Sie, mein Herr, einigen nothwendigen Berichtigungen die Unterstützung der Publizität, über die Sie verfügen. Der Kundgebung des 29. Jan. schlossen sich Bürger aller Klassen an; trotz des dichten Schneefalles und eines heftigen Sturmes nahm mindestens der siebente Theil der Bevölkerung von Chambéry daran Theil. Der Präsident der Deputation, Hr. Marc Burdin, war bei den letzten Gemeinderathswahlen fast mit Einstimmigkeit gewählt worden, was, beiläufig gesagt, ein Beweis ist, wie die letzten Wahlen durchaus im anti-separatistischen Sinne ausfielen. In dem Zuge befand sich eine beträchtliche Anzahl von Offizieren der Nationalgarde, die theils Fahnen trugen, theils Mitglieder der Deputation waren und theils mit der Waffe einbezogen. Der Richterstand, das Barreau, Industrie und Handel waren stark vertreten. Tiefes Schweigen herrschte in der Volksmasse von ihrem Abzuge vom Exerzierplatze bis zur Ankunft vor dem Schlosse, wodurch die Sache den Charakter des Ernstes erhielt, den solche Volkskundgebungen in der Regel nicht haben; man wußte, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung dieser öffentlichen Zeugnis der Liebe zum Könige und zur Freiheit unterstützte. Die Hauptmitglieder des Klerus und die Adligen, denen die Adresse, die dem Gouverneur vorgelesen werden sollte, vorgelegt worden war, hatten dieselbe lebhaft gut geheißen; endlich wies in derselben Stunde, wo die Kundgebung erfolgte, eine von der Kanzel der Kathedrale im Beisein des Erzbischofs gehaltene Predigt auf die royalistische Treue des alten Savoyens hin. Die Gefühle des Volkes, die sich während des Tages in den Grenzen gehalten, die denselben durch die Würde auferlegt war, welche nothwendig der Charakter der Kundgebung sein mußte, sprachen sich Abends im Theater mit Wärme aus. Eine begeisterte Verehrung ward dem Könige von mehr als eihundert Zuschauern dargebracht; die Büste Victor Emanuel's II. wurde mit einem Blumenregen und den hundert Mal wiederholten Ruf: „Es lebe der König!“ begrüßt. Die „Patrie“ beschuldigt uns, Gewalt und Einschüchterung angewandt zu haben; das „Pays“ spricht von zahlreichen, täglich in Paris eintreffenden Deputationen, welche Savoyens Vereinigung mit Frankreich eintragen; diese Behauptungen widerlegen sich von selbst. Keine einzige Deputation ist von hier nach Paris abgegangen, und Niemandem wurde zur Betheiligung an der Sonntags-Demonstration Zwang angethan. Wir fordern die offiziellen Blätter auf, zur Beglaubigung ihrer Behauptungen auch nur einen einzigen Namen zu nennen. Die Sprache der Zeitungen des Kaiserthums setzt uns um so mehr in Erstaunen, als es an Späheren, die aus Frankreich bei dieser Gelegenheit hergeschickt worden, nicht fehlte, um ihrer Regierung die eingehendsten Aufschlüsse zu erteilen. Genehmigen Sie u. s. w. Marc Burdin, J. G. Lachat, Bergwerks-Ingenieur, Magnier, beigeordneter Richter vom Landgerichte von Chambéry, Amb. de la Chenal, früherer Deputirter und Stadt-Syndikus von Chambéry. J. S. Rey, Advokat.“

— [Demonstration in Nizza; Verwarnung; die Franzosen in Mailand; Stimmung; Verordnungen für die Geistlichkeit.] Die angekündigte Demonstration gegen die französischen Separatisten in Nizza ging am 30. v. Mts. ohne Ruhstörung vorüber. Die Chefs und Vertreter der italienischen Partei hatten sich zwar recht zahlreich in dem Lokale der Società patriottica italiana eingefunden, begnügten sich aber, eine Deputation zu wählen, welche dem Stadt Syndikus eine Ergebnissadresse an den König Victor Emanuel und dem Municipalrath von Nizza ein Memoire überreichte, in welchem die Umtriebe und Tendenzen der Separatisten in sehr energischen Ausdrücken zurückgewiesen wurden. Als Sprecher für die Deputation fungirte Dr. Fenocchio, Sekretär der früher genannten Gesellschaft, dessen Rede in dem Municipalsitzungsgebäude von dem zahlreich versammelten Publikum öfters durch stürmischen Beifall unterbrochen wurde. Ueberhaupt scheint die italienische Partei Nizza's viel besser organisiert und über mehr Kapazitäten zu verfügen, wie die separatistische; die Negotianten und Handelsleute, welche der letzteren angehören, scheinen mehr ihren materiellen Vortheil im Auge zu haben, welcher ihnen durch das Fallen der französischen Zollschranken am Bar erwachsen würde, und bringen in die politische Debatte der Annexionsfrage wenig Talent und Takt. — Das „Avenir de Nice“ hat eine zweite Verwarnung erhalten und ist seit den letzten Tagen in seiner Polemik sehr vorsichtig geworden. — Der Telegraph berichtet, daß der französische Divisionsgeneral Graf Rochefort, sammt seinem Stabe in Mailand angekommen sei und sehr häufig Truppenübungen abhalte. Die Nachricht, daß die französische Garnison in Mailand durch eine Zuvorabtheilung verstärkt worden sei, bekräftigt sich. Zu allen diesen beunruhigenden Nachrichten gesellen sich noch höchst betrübende Berichte aus dem Venetianischen. Die Agitation wächst dort trotz aller Repressiv-Maßregeln von Tag zu Tag. Täglich geschehen zahlreiche Verhaftungen, und Alles, was Mittel besitz, flüchtet über den Mincio. „Venedig, Verona und Mantua“, schreibt man aus ersterer Stadt, „sind so zu sagen verödet. Alle Theater und Unterhaltungsorte sind geschlossen, die Cafés leer, in den Straßen nur spärliche Spaziergänger und Wagen. Dafür wimmelt es überall von Soldaten, Gendarmen und Polizeiaagenten, während die österreichischen Offiziere in den Cafés ganz offen von der „nächsten Revanche für Solferino“ sprechen.“ Auch das „Apollon Casino“ in Venedig mußte wegen Mangels an Theilnahme geschlossen werden, es war der letzte gesellige Vereinigungspunkt für Venetianer und der früher so zahlreichen Fremden. — Die toscanische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach welcher den sogenannten geistlichen Betrelorden (Kapuzinern, Franziskanern u. s. w.) das Einsammeln von Geldbeiträgen, Lebensmitteln und dergleichen untersagt wird. Die Verordnung bezeichnet diese Art Sammlungen als „unvereinbar mit der Würde des geistlichen Standes“, und verfügt zugleich, daß alle Priester, welche die Seelsorge ausüben und deren Einkünfte unter dem Betrage von 800 Liren stehen, von dem Staate unterstützt werden sollen. Eine ähnliche Verfügung hat auch die parmesanische Regierung erlassen. — Wie die „Gazetta di Genova“ erfährt, hat die neapolitanische Regierung den Priestern unterlagt, auf der Kanzel politische Fragen oder Persönlichkeiten zu berühren. Diese Maßregel scheint wohl der Standal in der Jesuitenkirche zu Neapel veranlaßt zu haben, über welchen unlängst berichtet wurde, und gegen den der französische Gesandte am Hofe Neapels einen energischen Protest eingelegt haben soll. (Pr. 3.)

Florenz, 3. Febr. [Fahnenweihe in Livorno.] Am 29. v. M. hat in Livorno unter großen Festlichkeiten und unter dem Jubel vieler Tausende von Fremden die Austheilung der Fahnen an die Nationalgarde stattgefunden. Die Stadt legte ihr bestes Kleid an und gab Ricajoli einen feierlichen Empfang. An Ranoendonner, Illumination, Festessen, Reden und Toasten hat es nicht gefehlt. Ricajoli spendete den Livornesen großes Lob, denn sie haben sowohl im Jahre 1849 als auch im letzten Sommer mehr Freiwillige für den Unabhängigkeitskrieg gestellt und größere Summen zu patriotischen Zwecken gezeichnet, als irgend eine andere toscanische Stadt, das reiche Florenz nicht ausgenommen. Den Handelsstand, welcher der Annexionspolitik nicht sehr zugethan ist,

weil er nicht ohne Grund die Rivalität des mächtigen Genua fürchtet, beruhigte Ricajoli durch die Erklärung, daß die Litoralbahn nach der römischen Grenze und die projektirten Bahnstrecken nach Modena, Bologna und Grosseto mehr als reichlichen Ersatz für etwaigen Abbruch nach dieser Seite bieten werden, indem sie die Weidendistrikte der Ebene, die Kornmagazine und Mineralische der Maremma mit der kommerziellen Hauptstadt Toscana's in unmittelbare Verbindung bringen. In Bezug auf die politische Lage des Landes sagte er: „Die nationalen Waffen müssen bereit gehalten werden und Wachsamkeit thut Noth, denn ein unheilvoller Tag kann uns all unserer Errungenschaften berauben.“

Rom, 31. Jan. [Demonstrationen.] Vorgestern Abend hatten die Mißvergnügten auf verschiedenen Punkten Vorbereitungen zu Ruhestörungen getroffen, um die Stadt in dem Augenblicke zu beängstigen, wo auf dem Corso eine neue Kundgebung beabsichtigt ward. Doch General Goyon war davon benachrichtigt und hielt die Krawallgelüste durch starke und zahlreiche Patrouillen zurück. Auch die Kundgebung, zu der sich mindestens 8000 Menschen um und auf der Piazza Colonna versammelt hatten, kam nur halb zur Ausführung. Denn als das französische Musikcorps um 7 Uhr dort von der Hauptwache aufbrach und in den Corso einbog, da machten sich ihm einige Tausende aus dem Volke schnell als Wegführer voraus, und diese waren nicht wieder loszutrennen. Dagegen gelang es, die nachfolgenden größeren Haufen durch ein zwischen die bewaffnete Nachhut des Musikcorps und sie beim Vorübermarsche plötzlich von der Piazza St. Lorenzo in Lucina einrückendes und halt machendes halbes Bataillon abzuschneiden. Die Stimmung ist fortwährend eine allgemeine, nur durch militärische Maßregeln in Schranken gehaltene Aufregung. (R. 3.)

— [Stimmung im Kirchenstaat.] Das „Siccle“ bringt eine Korrespondenz, worin die Stimmung der noch treuen Provinzen als nicht gut bezeichnet und gemeldet wird, daß sich am 25. Jan. in Perugia die Schweizer in den Kasernen erhoben, die Posten verließen und eine Desertion in Masse verführten. Drei Kompagnien, die ruhig geblieben, waren zur Bewachung der Meuterer nöthig. Die Adresse an den Kaiser Napoleon gegen das geistliche Regiment ward in Perugia von 13 Mitgliedern des Gemeinderaths, ferner von 219 Mitgliedern des Adels und höheren Bürgerstandes, von 359 Professoren, Ärzten, Advokaten und Kaufleuten, so wie von 472 Handwerksmeistern unterzeichnet. Eine andere „Adresse der noch der päpstlichen Gewalt unterworfenen Provinzen an den Kaiser Napoleon“, die aus „Florenz im Januar 1860“ datirt und mit 250 Unterschriften versehen ist (darunter Graf Cangello, Baron Danzetta, Fürst Simonetta, Graf Camerata, Marquis Colocci, Graf Maffiuri u. s. w.), wird von der „Ind. Belge“ veröffentlicht. Bekanntlich hatten sich in Florenz im Januar „Vertrauensmänner“ aus dem Kirchenstaate zusammengefunden. In dieser Adresse wird der Kaiser Napoleon aufgefordert, das ruhmvollste Werk seiner Regierung, die Wiederherstellung der italienischen Nationalität, zu vollenden; Italiens Grenzen seien nicht die Ecclesia und der Tiber, zwischen dem Tronto und der Terra di Lavoro dehne sich ein einst berühmtes Land aus mit einer kräftigen und einsichtigen Bevölkerung und echt italienischen Herzen. Rom sei ein Name, vor welchem alle Völker sich verneigen. Die neuere Geschichte beweise, daß dieses Volk noch nicht entartet oder eines billigen Maßes der Freiheit und einer ehrlichen, aufgeklärten Regierung unwürdig sei. Seine Nationalwünsche hätten sich von 1831—1848 durch die Kämpfer, die in den Ebenen der Lombardei, in Venedig und unter Roms Mauern bluteten, wie durch die Märtyrer, welche unter österreichischem Beile fielen, kundgethan. Die ganze Welt wisse, unter welchem Drucke dieses unglückliche Volk leide. Die Romagnolen seien glücklicher, ihnen sei es gelungen, mit ihren Wünschen durchzudringen. Nach einem düstern Gemälde der jetzigen Zustände im Kirchenstaate und der gänzlichen Verarmung unter einem System, das „keine Verantwortlichkeit, keine Öffentlichkeit in der Verwaltung, keine Garantie in der Rechtspflege kennt, welches das kanonische Recht über das Zivilrecht setzt“, heiße es weiter:

Dieses System war haltbar und erträglich, so lange die Verwaltungseinrichtung noch einfacher, die Einmischung des Staates in die öffentlichen Angelegenheiten ungleich geringer und die Aufklärung der Zivilisation noch nicht in alle Klassen verbreitet war. Jetzt, wo die öffentlichen Angelegenheiten mannichfacher und verwickelter geworden und jeder Verwaltungszweig tüchtige Sachmänner erfordert, wird es mehr und mehr gefährlich, dieselben bloß aus einer privilegierten Kaste zu nehmen. Das Mittel, Sire, welches allein helfen kann, liegt daher auf der Hand. Wir haben mit den Romagnolen gethan; die Gerechtigkeit erheißt, daß wir ihr Schicksal auch fernerhin theilen. Wie sich auch Italiens künftige Reorganisation gestalten möge, die Gerechtigkeit erheißt, daß wir, da wir Mitglieder der großen italienischen Familie sind, auch mit derselben gleiche Behandlung erfahren. Eine bloße Umbildung des verbrauchten und in seiner Basis verderbten Systems wäre ein nutzloses und unfruchtbares Bemühen. Das kirchliche System ist unübertraglich mit den Sitten, der Zivilisation, den Zeitverhältnissen. Sie haben begreifen, Sire, daß man das Papstthum nicht retten und Italien nicht befreien kann, ohne das Oberhaupt der Kirche von allen weltlichen Sorgen zu befreien, die mit seiner hohen Würde unvereinbar sind. Nicht die größere oder geringere Gebietsausdehnung macht das Haupt der Kirche ehrenwürdig und unabhängig. Eine von der Verehrung der Menschen umgebene, von der Autorität der ganzen Welt verbürgte Basilika wird keine Unabhängigkeit sicherer stellen, als ein beschränkter Besitz, ein schwankender Thron. . . .

### Afrika.

Alexandrien, 23. Jan. [Der Vizekönig; die Prinzen von Orleans.] Der Vizekönig ist mit einer Flotille von 18—20 Dampfschiffen in Oberegypfen. — Die Prinzen von Orleans haben ihre Exkursion bis an den zweiten Nilatarakt bei Assuan ausgedehnt und werden nächstens hier wieder eintreffen.

### Amerika.

Newyork, 25. Jan. [Zur Tageschronik.] Ein ehemaliger Genosse des hingerichteten Brown, Namens Reals, ist in Washington angekommen und soll heute von einem Untersuchungsausschusse des Senats über die Angelegenheit von Haaper's Ferry vernommen werden. — Die Völkchen der Gouverneure von Missouri und Louisiana atmen einen feindseligen Geist gegen den Norden. — Den letzten Nachrichten aus der Vancouvers-Insel zufolge wurden daselbst binnen Kurzem vier britische Kriegsschiffe, zusammen 111 Kanonen, zur Verstärkung des Geschwaders des Admirals Baines erwartet. — Wie aus Veracruz, 29. Dez., gemeldet wird, stand General Dagon mit 6000 Mann an der Schlacht von Attenique, um sich dem Vorrückenden Miramon's zu widersetzen. General Pesquin befand sich mit 3000 Mann in der Nähe von Lepic. Der Gouverneur von Yucatan hatte die Hauptstadt verlassen, um den Befehl über die zur Ausrottung der Indianer bestimmten Truppen zu übernehmen. Miramon hatte sich nach Queretaro zurückgezogen und wollte nach Mexico zurückkehren. Von seinem Protest wird Staatssekretär Cass keine Notiz nehmen. — Das Kanalprojekt des Herrn Velly ist aufgegeben worden. — Laut Berichten aus Mexico war es am 21. Dez. zu einer Schlacht vor der Hauptstadt gekommen. Miramon hatte 5 Kanonen von den Liberalen erbeutet und 2000 Mann

(Fortsetzung in der Beilage.)



Vom 9. Februar.  
 OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Gutsh. v. Schönlein aus Greif  
 und Schuhmann aus Schneidemühl, Fabrikant Mielegradski aus Ritter  
 gutsh. v. Schweinitz aus Dresden, Rittergutsh. v. Sigenreiter und Wein  
 bergbesitzer Fränzel aus Weissen, die Kaufleute Haberland aus Plauen  
 und Häbnel aus Meidenbach.  
 BAZAR. Bevollmächtigter Zawadzki aus Wierzenica und Gutsh. v. Mojs  
 zewski aus Stempuchowo.  
 SCHWARZER ADLER. Gutsh. v. Jazczewski aus Miez, Probi  
 Gewandmacher aus Kosten und Lieutenant im 18. Inf. Regt. Bellardi II  
 aus Plegnitz.



